

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir Linke sind mit dem Haushalt 2022 im großen und ganzen zufrieden, viele Schwerpunkte sind richtig gesetzt und wir sind dankbar, dass der Sozialbereich von flächendeckenden Kürzungen verschont geblieben ist.

Allerdings finden sich im Haushalt keine **Verbesserungen** für finanzschwache und bedürftige Menschen. Andere Gruppen bekommen etwas. Die Autofahrer bekommen breitere Straßen und Ladestationen für E-Fahrzeuge, für Digitalisierung wird viel Geld ausgegeben und wir haben einen neuen Dezernenten bekommen.

Gleichzeitig stehen die Menschen im Grundsicherungsbezug mit dem Rücken an der Wand. Die Inflationsrate lag im November bei 5,2 % - so hoch wie seit Juni 1992 nicht mehr. Gleichzeitig steigt der Regelsatz für Alleinstehende zum 1. Januar nur um 3 Euro. Besonders die hohen Stromkosten machen den Menschen zu schaffen. Denn die Haushaltsenergie muss aus den Regelsätzen bezahlt werden.

Mit unseren Anträgen wollen wir ein Zeichen setzen, dass wir diese Menschen nicht vergessen. Wir lösen damit nicht das Energiekostenproblem, aber wir zeigen Solidarität für die Ärmsten der Armen. Von daher bitte ich Sie um Zustimmung zu einer der von uns vorgeschlagenen Varianten. Auch wenn Ihre Fraktion schon ihr Abstimmverhalten festgelegt hat, lassen Sie sich überzeugen, dass wir hier etwas tun sollten.

Ich will den Antrag auf den 10-Euro-Zuschuss für Berechtigte in den Mindestsicherungssystemen nicht nochmals ausführlich begründen, das habe ich schon im Sozialausschuss getan.

Nur soviel:

Die Verwaltung verweist auf den Bundesgesetzgeber, der eine Anpassung der Pauschalen vornehmen müsste. Der Bund tut aber nichts und es ist auch nicht zu erwarten, dass die neue Regierung hier aktiv wird. Der Koalitionsvertrag spricht viel über das geplante Bürgergeld, **er sieht aber die aktuellen Nöte nicht**. Deshalb: Warten wir nicht auf den Bund und setzen ein Zeichen!

Wir können als Freiwilligkeitsleistung 10 Euro an alle Hilfeempfänger auszahlen - wenn wir das politisch wollen!

Wir haben vorhin auch als Freiwilligkeitsleistung 2 Millionen für das Klinikpersonal beschlossen. Da sind wir auch nicht zuständig, aber wir haben das gemacht. Weil es so gut ist und weil wir politisch unsere Wertschätzung für das Klinikpersonal ausdrücken wollten. **Lassen Sie uns auch die Wertschätzung für die Armen unserer Gesellschaft ausdrücken!**

Wenn der Antrag auf den 10-Euro-Zuschuss keine Mehrheit findet, beantragen wir, dass wenigstens das Projekt „Stromsparcheck“ der Energieagentur LEA aus dem Kreishaushalt weiter unterstützt wird. Der Grundgedanke, durch Energieberatung Stromkosten bei sozial schwachen Haushalten einzusparen ist intelligent und nachhaltig. Das Projekt ist auf 5 Jahre angelegt, war auch ursprünglich 2019 von der LEA für diesen Zeitraum beantragt. Jetzt muss jedes Jahr aufs neue das Geld beantragt werden. Das ist mühsam. Die Verwaltung verweist für 2022 auf die Sparkassenstiftung. Schön und gut, aber das wäre aber auch nur ein einmaliger Betrag. Das Projekt hat eine langfristige Regelfinanzierung verdient.

Es geht ja auch um die Mitarbeiter, die extra ausgebildet wurden und die die Energieberatung durchführen. Die müssen jedes Jahr aufs neue zittern, ob das Projekt weitergeführt wird. Ist uns eigentlich klar, was wir ihnen zumuten?

Bisher hat die LEA null Zusage für 2022. Weder von der Sparkassenstiftung noch über ergänzende Bundesmittel. Wir haben es heute in der Hand, dass die LEA noch vor Weihnachten für dieses wichtige Projekt Rechtssicherheit erhält. Wenn wir zustimmen, ist der Antrag bei der Sparkassenstiftung natürlich obsolet. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu.

4 min